

Datum 27.03.26

Haushaltsrede
zum Haushalt 2026, 27. März 2026

Anrede,

Ich denke, dass Ihre Erwartungshaltung nicht ist, die Begründungen zu unseren gemeinsamen Anträgen von CDU, bereits vorgetragen von Marcel Tillmann, **erneut** zu hören, nur von uns als FDP.

Mein Anspruch ist, **einige Aspekte, die für uns wichtig sind**, herauszugreifen.

Dieser Haushalt 2026 ist auf **Hoffnungen** gebaut. Es ist uns wichtig, die Risiken und Konsequenzen herauszustellen.

Solange ich zum jährlichen Kreishaushalt vortrage, zum ersten Mal ergibt die uns vorliegende Änderungsliste kein Plus.

Die Verbesserungen auf der Einnahmenseite beruhen auf **Schätzungen**, sie folgen einer ersten politischen Vorgabe des neuen Landrates, unsere Städte und Gemeinden zu schonen und als Umlageverband nicht noch höher zu belasten.

Allein die Kostensteigerung im Bereich "Pflege" im Zeitraum zwischen der Aufstellung des Haushaltes und einer Einschätzung zum Anfang dieses Jahres bereitet berechnete Sorgen.

"Noch bleibt der Hochsauerlandkreis handlungsfähig", haben sie, sehr geehrter Herr Landrat, in Ihrer Einbringungsrede zum Haushalt 2026 formuliert.

Die zukünftigen **TOP-Themen**, die Sie vorgetragen haben:

Verwaltungsmodernisierung
Digitalisierung und KI
Bildung,
Wirtschaftsförderung

sind aus unserer Sicht der richtige Weg, den HSK **zukunftsfähig** aufzustellen.

Dies waren auch unsere Forderungen, mit denen wir im Zuge der Kommunalwahl geworben haben.

Gering sind die Gestaltungsspielräume, die wir als Kreistagsmitglieder im Zuge der Haushaltsausführung haben. Ein Mehr einzufordern verbietet sich im Grundsatz.

Wir haben uns, so berichte ich aus unserer Fraktion, **sehr schwer** getan mit den zusätzlichen Stellen, die der HH vorsieht. Unseren Forderungen entsprechend sind die Stellenbeschreibungen ausführlich dargestellt.

Sie, Herr Landrat, haben ausdrücklich die politische Diskussion dazu eingefordert.

Indem wir die TOP-Themen unterstützen, unterstützen wir die Stellenmehrforderungen, wenn sie so wollen, **ein Vertrauensvorschuss**.

Und **wir nehmen Sie beim Wort**, wenn Sie in der Haushaltrede und in der Vorlage zum Stellenplan formuliert haben: “In den nächsten Jahren soll ein weiterer Stellenzuwachs möglichst vermieden werden.” Und weiter:”Mittelfristiges Ziel ist eine Reduzierung der Gesamtstellen.”

Wir Freie Demokraten möchten mit den anderen Vertretern der politischen Parteien im Digitalausschuss mithelfen, dass Digitalisierung und KI **sich für die Bürger auszahlen** als Vereinfachungen und Einsparungen für ihren Aufwand im Kontakt mit der Behörde, aber auch und besonders als Vermeidung oder Beschleunigung von internen Tätigkeiten, sodass hier mittelfristig Stelleneinsparungen möglich werden.

Auch hier ist die Hoffnung: Voraussetzung ist, dass es keine zusätzlichen Aufgaben von Bund und Land oder durch externe Faktoren gibt.

Der im Haushalt vorgesehene Investitionsplan findet unsere Zustimmung.

Denn die Absicht ist richtig, Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes in den Bereich Bildung fließen zu lassen, also in das Berufskolleg Meschede.

Es lässt sich trefflich streiten ob die Wortwahl “Sondervermögen” und damit verbunden “zusätzliche Investitionen”, beschlossen vom Deutschen Bundestag, korrekte Bezeichnungen für diesen Einsatz sind. Aber es wird sichergestellt, dass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel zügig eingesetzt werden können.

Sobald die Durchführungsbestimmungen durch das Land erlassen sind, erwarten wir dazu Berichte und Beschlussvorlagen, die diese Ausrichtung unterstützen.

Was mich als ehemaliger Berufssoldat in Führungsverantwortung umtreibt, sind die Anstrengungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes.

Ich war lange Zeit in militärischen Aufgabenbereichen, in denen wir in Planspielen bzw. Übungen über 14 Tage Bedrohungsszenarien angenommen haben. Uns war dabei stets bewusst, wie sehr wir bei unseren militärischen Verteidigungsanstrengungen auch auf einen **funktionierenden Zivilschutz** angewiesen sind.

Dieser Bereich ist etwas ins Hintertreffen geraten. “Friedensdividende” haben wir den Abbau von Personal, Strukturen und Materialvorhalten genannt.

Die Zeiten haben sich geändert, der Ukrainekrieg und die Kriege im Nahen Osten sind Anzeichen, dass sich im Staatengefüge neue Machtstrukturen durchsetzen, denen das Völkerrecht – ja man muss es so sagen – egal ist.

Wir erleben, dass die Nachkriegsordnung nach dem 2. Weltkrieg des letzten Jahrhunderts, niedergeschrieben in Menschenrechtskatalogen, in Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat manifestiert, an Bedeutung verliert.

Wir beantragen hiermit, dass uns die Verwaltung im nächsten Sitzungslauf ausführlich den Stand im Zivilschutz als Pflichtaufgabe des Kreises in den vorgenannten Bereichen darstellt, verbunden mit einer Zeitplanung, um erkannte Defizite abzubauen.

Zuletzt bringen wir einen eigenen Antrag ein, den Bereich “Integration” nicht zu vernachlässigen, an den Integrationskursen unserer VHS in vertretbaren Umfängen festzuhalten.

Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt, aber wir müssen für das Gelingen unserer Aufgaben auch vorausschauend daran arbeiten, dass diese sich erfüllt. Die Konsolidierung öffentlicher Aufgaben ist eine Daseinsaufgabe, die auch uns hier im Kreistag übertragen ist und bleibt.